

# Tito nicht nach Warschau

### Gomulka hatte bei der Ostblocktagung einen schweren Stand

Belgrad/Moskau (ap/dpa). Der für den 29. Mai vorgesehene Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito in Warschau, mit dem Tito den Besuch Gomulkas im vergangenen Herbst erwidern wollte, ist nach Mitteilung gutunterrichteter Kreise Belgrads vorläufig zurückgestellt worden.

Bisher ist noch nicht bekannt, auf wessen Initiative die Zurückstellung des Tito-Besuchs zurückgeht, jedoch nimmt man an, daß die polnische Regierung in Anbetracht der seit letzter Zeit verschärften Spannungen zwischen Jugoslawien und dem Ostblock um eine Verschiebung des Besuches gebeten hat.

In diplomatischen Kreisen der jugoslawischen Hauptstadt ist man der Ansicht, daß ein Besuch Titos in Warschau im gegenwärtigen Zeitpunkt einer gegen die Sowjetunion gerichteten

Demonstration für Tito gleichgekommen wäre. Politische Beobachter in Belgrad rechnen damit, daß die polnischen Führer gleichwohl auf der gegenwärtig in Moskau stattfindenden Konferenz der Regierungschefs aller Ostblockstaaten versuchen werden, eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion nebst ihren Satellitenstaaten zu verhindern.

Von Warschauer Seite waren vergeblich Bedenken gegen eine

überstürzte Tagung in Moskau vorgebracht worden, die jedoch bei den Sowjets keine Berücksichtigung gefunden haben. Gomulka befindet sich gerade jetzt in einer seiner größten Krisen seit seiner Rückkehr an die Parteispitze im Oktober 1956. Die Moskauer Konferenz ging ohne größeres Aufsehen vonstatten. Die in der Sowjethauptstadt versammelte kommunistische Prominenz blieb für die Öffentlichkeit weithin unsichtbar — nur der polnische Parteichef Gomulka erschien einmal ganz allein zu einem Essen in einem Moskauer Restaurant.

## Wirksame Raketenabwehr

### USA erörtern auch Anwendung von Todesstrahlen

Washington (dpa/ap). Der amerikanische Verteidigungsminister McElroy hat vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses mitgeteilt, daß die USA gegenwärtig an der Entwicklung einer neuen Waffe zur Raketenabwehr arbeiten. Er machte hinsichtlich der Wirksamkeit der „Nike-Zeus“-Rakete zur Raketenabwehr, die gegenwärtig von der USA-Armee entwickelt wird, Vorbehalte. Auf die Frage, warum er sich dem Plan widersetze, das „Nike-Zeus“-Programm weiterhin stark zu fördern, sagte der Minister: „Es gibt andere Wege, dieses Ziel zu erreichen, die offensichtlich wesentlich wirksamer sind.“ Einzelheiten über die neue Waffe wurden nicht bekanntgegeben. McElroy sagte lediglich, sie unterliege „größter Geheimhaltung“.

Aus dem Bericht des Bewilligungsausschusses geht ferner

hervor, daß Mitglieder des Verteidigungsministeriums die Möglichkeit des Einsatzes sogenannter „Todesstrahlen“ erwogen haben. Diese Strahlen sollen von 800 Kilometern Höhe im Weltraum auf die Erde ausgesandt werden, um einen feindlichen Angriff zu zerschlagen. Roy Johnston vom Forschungsstab des Verteidigungsministeriums erklärte vor dem Ausschuß, es werde vielleicht Waffen geben, die wesentlich vorteilhafter vom Weltraum statt von der Erde aus eingesetzt werden könnten.

Ein führender amerikanischer Kernwissenschaftler, Dr. Ralph E. Lapp, der während des Krieges maßgeblich an dem amerikanischen Atombombenprojekt „Manhattan“ beteiligt war, erklärte in Cleveland, der Start des 1,5 Tonnen schweren sowjetischen Erdsatelliten „Sputnik III“ beweise endgültig, daß die Sowjetunion über interkontinentale Raketen verfüge.

## Bund klagt gegen Hessen

Bonn (ap). Die Bundesregierung hat die angekündigte Klage gegen das Land Hessen beim Bundesverfassungsgericht eingebracht. Mit der Klage wird die Feststellung beantragt, daß das Land Hessen die Pflicht zur Bundestreue verletze, weil die hessische Regierung die Beschlüsse mehrerer Gemeinden, Volksbefragungen über die Atombombenbewaffnung durchzuführen, nicht aufgehoben habe. Die Klage stützt sich nach Mitteilung des Bundesinnenministeriums sowohl darauf, daß die Kompetenz für Außenpolitik und Verteidigungspolitik dem Bund zusteht, als auch auf die Verletzung des im Grundgesetz festgelegten Prinzips der repräsentativen Demokratie durch die beabsichtigten Volksbefragungen.

Nach Ansicht der Bundesregierung stellen die von hessischen Gemeinden geplanten Abstimmungen nicht „Volksbefragungen zur Erforschung der öffentlichen Meinung“, sondern Plebiszite über Fragen dar, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen.

## Der „kranke Mann“

DT. Die Staatskrise Frankreichs dauert an. Die in Paris amtierende Regierung unter dem sehr talentierten Ministerpräsidenten Pflimlin erhielt wohl das überwältigende Vertrauen des französischen Parlaments, aber der Schatten de Gaulles liegt über dem Land. Der als Retter Frankreichs verehrte General ist zur Übernahme der Regierungsgewalt in Frankreich bereit, aber er will sie nicht erzwingen. Für die Lage Frankreichs ist es bezeichnend, daß die Regierung gegen de Gaulle nur den Generalstreik als Machtmittel einsetzen kann. Ein gefährliches Mittel, das höchstwahrscheinlich sehr schnell den dann amtierenden Streikleitungen einschließlich der Kommunisten die Gewalt in die Hände spielen würde. De Gaulle andererseits hätte mindestens die Armee für sich. In jedem der beiden Fälle wäre Frankreich und mit ihm Algier auseinandergebrochen und stände einem Bürgerkrieg gegenüber.

In dieser Lage versucht die Regierung Pflimlin eine mittlere Linie zu steuern, indem sie gegenüber dem Oberkommandierenden Salan in Algier und der ihm unterstellten Armee ein Vertrauen behauptet, das sie in Wirklichkeit gar nicht hat.

Frankreichs Stellung in Nordafrika, auch im Verhältnis zu Tunis und Marokko, vor allem aber gegenüber den Algeriern, kann nur durch eine starke Regierung gefestigt werden, durch eine Regierung, die auch in der Lage ist, Konzessionen zu machen. Pflimlin wird dies nicht können. Vielleicht könnte es nur ein französisches Regime, an dessen Spitze de Gaulle stünde. Das ist das wirkliche Dilemma, in dem sich Frankreich befindet. Der General ist auf sein Dorf zurückgekehrt und wartet darauf, daß man ihn ruft. Wenn man ihn ruft, bedeutet das das Ende des heutigen parlamentarischen Regimes in Frankreich. De Gaulle würde vielleicht nicht diktatorisch, sicher aber autoritär und unter weitgehender Ausschaltung der Parteien regieren. Der General will nur auf legale Weise die Macht übernehmen,

schon weil er den Generalstreik zu vermeiden wünscht. Es ist die Frage, wie lange sich Frankreich dieses Schwanken zwischen einer parlamentarischen Regierung, die wenig handlungsfähig ist, und der drohenden Zukunft eines autoritären Regimes leisten kann. Wenn sich die Nachrichten über militärische Untergrundbewegungen an der Loire und dem Süden Frankreichs bestätigen sollten, so geht die Krise schon tiefer, als man in Paris gern wahrhaben möchte.

Napoleon hat einmal von der Armee verlangt, daß sie stets im Staate die „große Stimme“ bleiben müsse, daß sie sich nicht in das Spiel der politischen Kräfte einschalten dürfe. Jetzt hat die französische Armee diese nicht unweise Erkenntnis des großen Korsen beiseite geschoben. In Algier

und offenbar auch in Frankreich selbst hat die Armee das Schweigen gebrochen. Sie applaudiert ihrem alten General de Gaulle. Ob sie noch auf die verfassungsmäßige Regierung hört, ist mehr als zweifelhaft.

Das Traurige, wenn nicht das Bestürzende an der französischen Krise ist es, daß Frankreich als klare Größe im westlichen Bündnis ausfällt. Frankreich beherbergt den Hauptsitz der NATO. Über seine Häfen und durch das französische Land laufen die Kraftlinien des atlantischen Bündnisses. Wenn Frankreich zum „kranken Mann“ wird, wie die führende Pariser Zeitung „Le Monde“ es befürchtet, dann wird auch der Westen im entscheidenden Verhandlungsstadium mit Moskau erheblich geschwächt. Darum sorgen sich alle Freunde Frankreichs und der freien Welt.

## Vorerst keine Volksbefragung

### Einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts

Karlsruhe (ap). Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe hat auf Antrag der Bundesregierung eine einstweilige Anordnung erlassen, die in Hamburg vorgeordnete Volksbefragung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen erlassen. Die Befragung sollte am 8. Juni stattfinden.

In der Begründung stellte der Senat fest, daß die Befragung der Hamburger Bevölkerung ein politisches Faktum geschaffen hätte, noch ehe das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über den Normenkontrollantrag der Bundesregierung getroffen habe. Dieser Antrag auf Untersuchung der verfassungsmäßigen Zulässigkeit des Hamburger Gesetzes über eine Volksbefragung werfe aber dergestalt grundsätzliche Fragen der Verfassungsgerechtheit auf, daß diese unmöglich bis zum 8. Juni entschieden werden könnten. Die einstweilige Anordnung des Gerichts nehme die Entscheidung in der Hauptsache nicht vorweg. Wenn das Bundesverfassungsgericht die Zulässigkeit des Befragungsgesetzes im Verlaufe des Normenkontrollverfahrens feststellen sollte, könne die Befragung stattfinden.

Der Senat stellte weiter fest, daß der Antrag der Bundesregierung auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung sowohl rechtlich zulässig als auch begründet gewesen sei. Die Bundesregierung sei nicht gezwungen gewesen, vor diesem Antrag auch den Bundesrat zu hören. Auch habe es im Ermessen der Regierung gestanden, ob sie die Mittel des Bundeszwanges gegen Hamburg anwenden oder eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes herbeiführen wollen.

Der Hamburger Bürgermeister Max Brauer erklärte nach Bekanntwerden der Karlsruher Entscheidung, die Hansestadt sei immer verfassungstreu gewesen und werde sich der einstweiligen Anordnung fügen.

### Prälat gab Orden zurück

Berlin (ap). Der leitende katholische Pfarrer von Stralsund, Monsignore Friedrich Radek, hat den „Vaterländischen Verdienstorden“ demonstrativ an die Behörden der Sowjetzone zurückgegeben. Der Prälat protestierte damit gegen die Schließung des katholischen St.-Josef-Kinderheims in Stralsund.

# Bekennnis zum Heimatrecht

## Bundesminister vor Vertriebenen aus dem Sudetenland und Pommern

Berlin (dpa). Rund 265 000 Heimatvertriebene haben sich Pfingsten erneut zu ihrem Recht auf die Heimat bekannt. In Stuttgart waren 200 000 Sudetendeutsche zum „Sudetendeutschen Tag 1958“ zusammengekommen, in Kassel beteiligten sich 60 000 Pommern am Deutschlandtreffen ihrer Landsmannschaft, und in Dinkelsbühl trafen sich 5000 Siebenbürgen-Sachsen. Höhepunkte der Heimattage bildeten große Kundgebungen am Pfingstsonntag.

Minister Seeböhm, der zugleich Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung ist, bedauerte in Stuttgart, daß sich der Bundestag bis jetzt noch nicht einmütig zum Recht auf die Heimat und zum Selbstbestimmungsrecht bekannt habe. Diese Forderung sei bereits auf dem Sudetendeutschen Tag 1957 erhoben worden. Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Lodgman von Auen, forderte den Einbau des Selbstbestimmungsrechts der Völker in das Völkerrecht. Die Sudetendeutschen seien keine Gegner von Gesprächen mit Völkern, die die Heimat der Vertriebenen in Besitz genommen haben, aber sie lehnten Gespräche mit den Satellitenregierungen Moskaus ab.

### Ehrung für General Prchala

Während des Sudetendeutschen Tages wurde zum erstenmal der von der Sudetendeutschen Landsmannschaft gestiftete „Europäische Karlspreis“ verliehen. Den Preis, der mit einer Ehrengabe von 1000 Mark verbunden ist, erhielt der Vorsitzende des tschechischen Nationalausschusses in London, Armeegeneral Lev Prchala. Der General hat sich von Beginn an gegen die Austreibung der su-

detendeutschen Volksgruppe gewandt und ist für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eingetreten.

### Für gutes Verhältnis mit Polen

Auf der Kundgebung der Pommern in Kassel befürwortete Bundesminister Lemmer ein echtes Nachbarschaftsverhältnis zu Polen. Das sei nur erreichbar, wenn es beiderseits auf Gerechtigkeit und Vernunft aufgebaut wird. Sollte darüber eine feierliche Erklärung abgeschlossen werden, dann würde das nie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung bedeuten. Es sei auch notwendig, hob Lemmer hervor, durch vernünftige Maßnahmen die Atmosphäre zwischen beiden Teilen Deutschlands zu verbessern. Man könne es jedoch dem Bundeskanzler

nicht zumuten, mit Ulbricht ein Gespräch über die deutsche Zukunft zu führen. Zum Regieren gehöre der Auftrag der Bevölkerung. Solange Pankow diesen Auftrag nicht von den Brandenburgern, Sachsen und Thüringern erhalten habe, könne man die SED-Regierung nicht als Repräsentant eines deutschen Teilstaates anerkennen. Dr. Eggert, der Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, wandte sich leidenschaftlich gegen den Publizisten Wenger, dessen Föderationsvorschläge für Europa an Landesverrat grenzten.

### Verhandlungen mit Rumänien

Am Pfingstsonntag nahm Minister Oberländer am Heimattreffen von rund 5000 Siebenbürger-Sachsen in Dinkelsbühl teil. Auf einer Kundgebung bezeichnete er die Verhandlungen als aussichtsreich, die vor zwei Wochen in Bukarest über die Zusammenführung von rumäniendeutschen Familien begonnen haben. Es sei bald mit dem Eintreffen der ersten Siebenbürger in der Bundesrepublik zu rechnen.

## Telegramme an Tito

Belgrad (dpa). Die jugoslawische Hauptstadt wurde durch ein Glückwunsch-Telegramm Chruschtschows zum 66. Geburtstag Marschall Titos völlig überrascht. Darin erklärt der sowjetische Partei- und Regierungschef, daß er hoffe, die Mei-

nungsverschiedenheiten zwischen den kommunistischen Parteien Jugoslawiens und des Ostblocks könnten überwunden werden. Auch ein Glückwunschtelegramm des sowjetischen Staatschefs Woroschilow an Tito wird in Belgrad als Versuch einer Entspannung von sowjetischer Seite angesehen.

Demgegenüber hat die chinesische kommunistische Partei ihre verschärften Angriffe gegen Jugoslawien fortgesetzt. Ein Pekingener Parteikongreß hat das neue jugoslawische Parteiprogramm wiederum als „durch und durch antimarxistisch und antileninistisch“ bezeichnet. Angesichts dieses Widerspruches der Moskauer und Pekingener Haltung ist man in der jugoslawischen Hauptstadt zurückhaltend in der Beurteilung der künftigen Einstellung des Ostblocks gegenüber Jugoslawien.

## Hilfe für Ostblockstaaten

Washington (ap). Der Außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Senats hat das Auslandshilfeprogramm in Höhe von 3,707 Mrd. Dollar gebilligt und sich damit für eine Kürzung der Regierungsvorlage um 235 Mill. Dollar ausgesprochen. Das Repräsentantenhaus hat noch 104 Mill. Dollar weniger gebilligt.

Der Ausschuß befürwortete gleichzeitig eine Lockerung der bisher geltenden Beschränkungen und empfahl wirtschaft-

liche und finanzielle Hilfe auch allen kommunistischen Staaten mit Ausnahme der Sowjetunion, Chinas und Nordkoreas zu gewähren. Falls der Zusatz vom Kongreß bestätigt wird, könnte der Präsident Wirtschaftshilfe auch Ländern wie Polen und Ungarn gewähren, was bisher ausgeschlossen war. In erster Linie soll Eisenhower mit der Bestimmung möglichst freie Hand gegeben werden, um solche Länder wie Polen und Jugoslawien zu unterstützen.

# Rom zwischen Paris und Algier

## Neue Aufgaben für Italien — Von den Wahlen hängt alles ab

R.H. Rom. Italien reagiert auf alle Ereignisse am Mittelmeer mit besonderer Empfindlichkeit. Anfangs hat Rom die dramatischen Ereignisse in Paris und in Algier eher zuversichtlich beurteilt. Die Regierung Pflimlin wurde moralisch unterstützt. Verurteilt wurden die rebellischen Militärs und die antidemokratischen Rechtsparteien Frankreichs. De Gaulle ist in Italien nie populär gewesen. Selbst die Meinung der Monarchisten und Neofaschisten über ihn ist geteilt.

Fast über Nacht hat sich die eher optimistische Beurteilung über die Lage Frankreichs und Algeriens geändert. Sorge und Ernst herrschen vor. Berechtigt alarmiert glauben diejenigen zu sein, die um die Sicherheit Italiens am westlichen Mittelmeer fürchten, falls die Entwicklung in Frankreich und in Algerien chaotisch werden sollte. In der gegenwärtigen Wahlkampfstimmung behaupten die Linksextremisten, Italien bereite sich auf eine militärische Hilfeleistung zugunsten Frankreichs vor.

### NATO-Flotte sichert

Italien würde jederzeit bereit sein, im Rahmen der NATO für die Sicherheit des Mittelmeers einzutreten. Die Tatsache, daß die NATO-Flotte, in der auch italienische Einheiten eingegliedert sind, ihre Sommermanöver im Mittelmeer begonnen hat, trägt bei aller Erregung doch zur Beruhigung bei.

Italien ist jedenfalls durch die gegenwärtige Krise Frankreichs plötzlich vor eine gewachsene politische und auch militärische Verantwortung gestellt. Hinzu kommt, daß die Möglichkeit wirtschaftlicher Rückschläge, bei einem Fortdauern der Algerienkrise, nicht ausgeschlossen ist. Alles das kann natürlich nicht diejenigen Kreise Frankreichs in Italien populär machen, welche diese Dramatisierung der Lage verschuldet haben: die Rechtsradikalen. Dies um so mehr, als Italien endgültig auf alle seine früheren Kolonien verzichtet hat und immer wieder vor einer veralteten Kolonialpolitik warnt.

### Stabilitätsfaktor

Wenn also Italien — ungeachtet — über Nacht zu einem beachtlichen Stabilitätsfaktor am Mittelmeer geworden ist, so

dient dies natürlich einer Verstärkung seiner politischen Stellung. Es kam dies schon beim Ausbruch der Algerienkrise zum Ausdruck. Gerade dann befand sich nämlich der italienische Staatspräsident Gronchi zu einem Staatsbesuch in London. Noch lange nach dem Kriege hat ein alter Groll zwischen England und Italien fortbestanden. Man kann sagen, daß er durch den Staatsbesuch Gronchis endgültig beendet worden ist. England begrüßt es, jetzt ein so eng befreundetes Italien

### UN kennen keine DDR

New York (dpa). Das Generalsekretariat der Vereinten Nationen hat es abgelehnt, der von verschiedenen Ostblockstaaten erhobenen Forderung zu entsprechen, in den offiziellen UN-Veröffentlichungen die deutsche Sowjetzone als „Deutsche Demokratische Republik“ zu bezeichnen. UN-Generalsekretär Hammarskjöld hat die Delegationen bei den Vereinten Nationen davon unterrichtet, daß er Anweisung gegeben habe, in allen Veröffentlichungen, insbesondere auch in den Statistiken, von „Bundesrepublik Deutschland“ und von „Ostdeutschland“ zu sprechen. Diese Anweisung ist auch in dem vom Sekretariat herausgegebenen „Terminology Bulletin“ enthalten, das diplomatische und andere Fragen regelt.

### Stepinac erkrankt

Belgrad/Rom (dpa). Kardinal Aloysius Stepinac, Primas der Katholischen Kirche Jugoslawiens, ist an Lungenentzündung und Venenentzündung erkrankt. Nach Mitteilung des behandelnden Arztes, Dr. Branislav Bogicevic, ist sein Zustand besorgniserregend.

— eben als Stabilitätsfaktor — am Mittelmeer zu wissen. Ausgezeichnet waren die Beziehungen zwischen Italien und England in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Sie richteten sich allerdings damals gegen die Ausbreitung der französischen Macht am Mittelmeer. Und nun? So ändern sich die Zeiten! Heute soll die neue italienisch-englische Annäherung dazu dienen, dem verbündeten Frankreich nützlich zu sein.

Auf welche Weise könnte das geschehen? Staatspräsident Gronchi hat konstruktive Pläne gegenüber dem Nahen Osten und Afrika! Die wichtigsten Ziele sind: Förderung der Freiheitsbestrebungen, großzügige wirtschaftliche Zusammenarbeit zugunsten sozialer Ziele, eine elastischere Politik, die sich von historischen Vorurteilen befreit hat. In Rom erfährt man nun, daß Gronchi, gerade durch die Zuspitzung der Algerienkrise, in London zugunsten dieser Pläne viel aufmerksamere Ohren gefunden hat als früher.

### Bereit zum Vermitteln

Italien wird also unter allen Umständen gegenwärtig kein Öl aufs Feuer gießen und keineswegs die gegenwärtige Notlage Frankreichs für sich ausnützen wollen. Dafür ist Italien viel zu sehr von der Notwendigkeit, ja von der Lebensnotwendigkeit der europäischen und atlantischen Gemeinschaft überzeugt. Italien wird aber erwarten dürfen, daß nun die Politik gegenüber dem Nahen Osten und gegenüber Afrika in ein neues Stadium tritt, daß die wichtigsten Gründe für die schlimmsten Spannungen endgültig beseitigt werden, daß man also Vorderasien und Afrika moralisch für den Westen zurückgewinnt. Italien hat für diese Ziele schon oft seine Vermittlertätigkeit angeboten. Wird es aber nach den Wahlen vom 25. Mai eine aktionsfähige Regierung besitzen? Oder wird dann Europa nicht nur vor einem kritischen Frankreich, sondern auch vor einem zumindest nicht mehr stabilen Italien stehen?

# Druckwelle gegen Belgrad

H. L. Wien. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad deutet darauf hin, als ob die Sowjets den 10. Jahrestag der Kominform-Resolution gegen Jugoslawien durch neue Schikanen „feierlich“ begehen wollen, um ja die Erinnerungen an den alten Stalin wachzuhalten.

Den Reigen jener Provokationen, die man in Belgrad schon nicht mehr als eine „Politik der Nadelstiche“ empfand, begannen die Bulgaren Anfang März anlässlich der Feierlichkeiten ihrer „Unabhängigkeit“, als ihre Partei-

führer Mazedonien von Jugoslawien verlangten, das ihnen im Vertrag von San Stefano zugebilligt, auf dem „Berliner Kongreß“ 1878 aber bis auf den heutigen Tag vorenthalten worden sei. Belgrad war recht erstaunt, solche Töne von seinem Nachbarn zu vernehmen, wußte man doch nur zu genau, daß das kleine Bulgarien solche Drohungen ohne die Rückenstärkung Moskaus nicht aussprechen konnte, die es auch noch von Walter Ulbricht erhielt, als sich im vergangenen Monat eine bulgarische Parteidelegation in Ostberlin aufhielt.

der jugoslawischen Miliz mitteilen könne.

Mit ähnlichen Erpressermethoden traten auch die Sowjets auf, als sie von den Jugoslawen forderten, sie sollten gefälligst ihre Presse „sozialistischer“, also monoton und langweilig, gestalten. Da Jugoslawien nun schon seit zwei Jahren den größten Teil des Zeitungspapiers zu recht günstigen Bedingungen aus der Sowjetunion bezog, verweigern die Sowjets nun plötzlich die Papierlieferungen, weil sich die Zeitungsredaktionen nicht von den Drohungen des sowjetischen Presseattachés einschüchtern ließen und ihre Beiträge nicht dem sowjetischen Zeitungsstil angeglichen haben. Wegen Papiermangels wird daher selbst die große „Borba“ am Donnerstag jeder Woche nicht mehr erscheinen können, während es als sicher gilt, daß verschiedene Unterhaltungs- und Monatszeitschriften ihr Erscheinen vorübergehend einstellen müssen.

## Pankows besondere Rolle

Pankow spielt beim Kesselreiben der Stalinisten gegen Belgrad aber noch eine ganz besondere Rolle. Obwohl sich Lore Staimer noch keine drei Monate als Gesandter der Sowjetzone in Belgrad aufhält, haben ihre „diplomatischen“ Mitarbeiter bereits damit begonnen, ein Spitzelnetz aufzubauen. Dafür brachte Pankow die denkbar günstigsten Voraussetzungen mit, in Form einer Namensliste ehemaliger Mitglieder der „Deutsch-jugoslawischen Gesellschaft, die während der Hitlerzeit Deutschland freundlich gegenüberstanden und nach 1945 selbstredend als

Kollaborateure galten. Pankow ist bekanntlich in seinen Mitteln, Spitzel zu werben, noch nie wählerisch gewesen. So ließ Exzellenz Staimer in den letzten Wochen im freundlich-drohenden Tone alle ehemaligen Mitglieder jener Gesellschaft auffordern, sich zur Stärkung der politischen Bande zwischen der „DDR“ und Jugoslawien zur Verfügung zu stellen. Schlichter ausgedrückt, soll das nichts weiter heißen, als daß der Angeschriebene für die Sowjetzone Informationen liefern soll, im Weigerungsfall man seinen Namen schließlich

## Falsche Atomspekulation

Noch bevor die Presse des „sozialistischen Lagers“ das neue jugoslawische Parteiprogramm angriff, gab am 1. Mai der bekannte jugoslawische Atomwissenschaftler, Prof. Savic, in Belgrad eine Erklärung ab, die Moskau bis zum heutigen Tag die Sprache verschlagen hat. Savic rechnete nämlich mit jenen stalinistischen Machtpolitikern ab, die da behaupteten, selbst im Falle eines Atomkrieges würde der Kommunismus siegen. Savic aber meint, daß „auf dem Atomfriedhof kein Kommunismus gedeihen könne“. Er muß es schließlich wissen; denn er wurde von 1945 bis 1948 von den Sowjets gezwungen, an der Entwicklung der sowjetischen Atombombe mitzuwirken, wofür er mehrere sowjetische Auszeichnungen erhielt, sich glücklicherweise im Juni 1948 aber in Belgrad befand, so daß er seitdem das jugoslawische Atomzentrum aufbauen konnte, das sich vor allem mit der Entwicklung von Atom Schiffen zu friedlichen Zwecken beschäftigt.

## Bischofsprotest blieb unbeantwortet

### Die Zwangsauflösung des Stralsunder Kinderheims

Berlin (dpa). Auf das „diffamierende Vorgehen“ der Sowjetzonen-Behörden gegen das katholische St.-Josefs-Kinderheim in Stralsund weist die katholische Kirchenzeitung für das Bistum Berlin, „Petrusblatt“, erneut in einem ausführlichen Bericht hin. Danach wurde die Überführung der in dem Heim lebenden 60 Kinder in ein staatliches Heim vom Stralsunder Oberbürgermeister unter Androhung von Polizeigewalt erzwungen. Zur gleichen Zeit habe der Rat des Bezirkes Rostock den katholischen Schwe-

stern das Erziehungsrecht entzogen.

Eine Erwiderung der Oberin auf diffamierende Artikel und Leserbriefe in der „Ostsee-Zeitung“ sei nicht veröffentlicht worden. Ebenso sei ein Protestbrief eines 14jährigen Mädchens mit den Unterschriften von 20 Kindern des Heimes nicht erschienen. Eine Erklärung von Vertretern des Bischofs von Berlin, in der auf die Rechtswidrigkeit der Heimauflösung hingewiesen wurde, sowie ein Protesttelegramm des Berliner Bischofs blieben unbeachtet.

# Washingtons unruhige Sorgenkinder

## Südamerikas Länder verlangen Hilfe — Alarmierendes Reiseergebnis Nixons

R. K. Santiago (Eig. Ber.). Der Verkehr war zu dicht. Sein Auto konnte und konnte nicht vorwärts kommen. Als er schließlich im Kongreßgebäude von Buenos Aires eintraf, war der neue argentinische Staatspräsident Arturo Frondizi bereits in sein Amt eingeführt und hatte mit seiner Eröffnungsrede begonnen. Vizepräsident Richard Nixon, Vertreter Präsident Eisenhowers bei den Feierlichkeiten anlässlich der Amtsübergabe in Buenos Aires, war zu spät gekommen. Zehn Minuten nur, aber von diesem Ereignis in Buenos Aires an wurde die „Goodwilltour“ des amerikanischen Vizepräsidenten durch acht Länder der südlichen Hemisphäre zu einem immer schlimmer werdenden Leidensweg. Die zehn Minuten Verspätung wurden zu einem Symbol: Washington kommt in Südamerika zu spät.

Schon lange waren die südamerikanischen Regierungen mit der Haltung der USA ihnen gegenüber nicht zufrieden; sie fühlten sich vernachlässigt zugunsten Europas, des Nahen Ostens und einiger asiatischer Länder am Rande des sowjetischen Imperiums.

Der zweite Punkt, der die südamerikanische Animosität gegen die USA nährte, war, daß es Washington mit der Unterscheidung zwischen demokratischen Regierungen und Diktaturen in Lateinamerika nicht sehr genau nahm und sich mit manchem „starken Mann“ zwischen dem Mexikanischen Golf und Feuerland besser stellte und auch noch stellt, als mit den „schwachen“ Regierungen der demokratischen Länder. Präsident Batista auf Cuba wird dies bestätigen können.

### Argentinischer Importstopp

Der dritte und schwerste Punkt, der das gegenseitige Verhältnis belastet, war und ist die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Länder von der Wirtschaft der USA. Fast alle Länder Südamerikas sehen sich so gegenwärtig auch einer schweren Wirtschaftskrise gegenüber.

Noch bevor Nixon Argentinien, die zweite Station seiner unglücklichen Route, wieder verließ, wurde von dem neuen Präsidenten Frondizi ein radikaler Importstopp verhängt. Nur noch Brennstoffe und absolut lebensnotwendige Güter dürfen vorerst nach Argentinien eingeführt werden.

In Paraguay fand Nixon zum ersten und letzten Mal auf sei-

ner Südamerikareise eine ruhige Lage vor, Diktator General Stroessner konnte seinem nordamerikanischen Gast eine finanzielle Prosperität vorweisen. Auf der anderen Seite aber sind die politischen Probleme des Landes nicht gelöst, und es ist leicht möglich, daß gegen die Diktaturen Unruhen ausbrechen.

## Bolivien: Dollars oder Extremismus

Um so größer sind die Sorgen Boliviens. Es hängt ausschließlich von seiner Minenproduktion ab. Der Rückgang der Weltmarktpreise für Zinn, Blei und andere Metalle hat katastrophale Folgen. Der Präsident forderte von Nixon 200 Millionen Dollar, um das Antiinflationprogramm fortsetzen zu können, „oder es besteht die Gefahr, daß die Links- oder Rechtsextremisten die Oberhand gewinnen“.

### Peru: Tomaten und Steine

In Lima, der Hauptstadt Perus, wurde der amerikanische Vizepräsident mit Steinen und Tomaten beworfen. Der wirtschaftliche Hintergrund: die Inflation nimmt wieder zu. Die peruanischen Deviseneinnahmen werden 1958 um mindestens zehn Prozent unter denen von 1957 liegen.

Auch in Ecuador und Kolumbien erlebte Nixon nichts Gutes. Beide Länder leben von Kaffee, Bananen, Kakao und anderen Südfrüchten. Die Exporte gehen zurück, die erforderlichen Einfuhren für die Entwicklung der Industrie müssen zurückgestellt werden.

### Hochmut in Caracas

Den hochmütigen Venezolanern, Bürgern des dank seiner Ölfeldern und der USA-Investitionen reichsten südamerikanischen Landes, scheint es Spaß gemacht zu haben, den Vizepräsidenten der USA zu beleidigen. Bei der Ankunft wurde das Fahrzeug Nixons mit Tomaten, Eiern und Steinen beworfen. Nixon rettete sich in die USA-Botschaft. In einen sol-

chen Skandal hat sich ein offizieller Staatsbesuch noch nie entwickelt. Caracas war ein böser Abschluß für eine „Goodwill-Tour“.

Trotzdem wäre es ein Trugschluß, die Vorkommnisse zwischen Buenos Aires und Caracas zu hoch zu bewerten. Noch hat der Kommunismus in Südamerika nur schwache Positionen. Aber es ist offenbar, daß schwerwiegende Folgen eintreten können, falls sich Washington nicht entschließt, die wirtschaftliche Stabilität Lateinamerikas stärker zu fördern. Nixons Erfahrungen werden dazu beitragen, daß man in Washington für die Vorgänge in Südamerika hellhöriger wird.

## Sowjet-U-Boot im Südatlantik versenkt

Buenos Aires (ap). Ein argentinischer Zerstörer hat nach Mitteilung des argentinischen Staatspräsidenten Frondizi im Südatlantik innerhalb der von Argentinien beanspruchten Zwölfmeilenzone ein Unterseeboot unbekannter Nationalität angegriffen und wahrscheinlich durch Wasserbomben versenkt. Die Suche nach dem Boot oder seinen Überresten wurde erfolglos abgebrochen. Da sowohl die amerikanische Kriegsmarine wie die britische Admiralität erklärten, daß keines ihrer U-Boote an der argentinischen Küste gekreuzt habe und das unbekannte U-Boot eine sehr hohe Geschwindigkeit entwickelte, wird in argentinischen Marinekreisen angenommen, daß es sich um ein Fahrzeug der sowjetischen Fernkampfflotte gehandelt habe.

## Howaldt-Streik ein Fehlschlag

Weniger als die Hälfte der Belegschaft folgte dem Aufruf

Hamburg (ap). Trotz des von der IG Metall auf der bundes-eigenen Werft Howaldtwerke in Hamburg ausgerufenen 24-stündigen Proteststreiks wurde auf dem drittgrößten Schiffsbauunternehmen der Bundesrepublik mit „halber Kraft“ gearbeitet. Nur etwa die Hälfte der insgesamt 9000 Mann starken Belegschaft beteiligte sich nach inoffiziellen Schätzungen an dem Ausstand, der von den Vertrauensleuten der Werft aus Protest gegen den vom Bundesschatzministerium geplanten Verkauf des Unternehmens an eine private Industriegruppe beschlossen worden war.

Die Angaben von Werftleitung und Gewerkschaft über die Beteiligung an dem Streik stehen in völligem Widerspruch. Nach Mitteilung der Werft-direktion haben an dem Tage rund 5000 Belegschaftsmitglieder die Arbeit aufgenommen. In sämtlichen Werkstätten werde gearbeitet, stellenweise

allerdings nur mit knapper Be-setzung. Der Streik sei jedoch praktisch zusammengebrochen, da über die Hälfte der Belegschaft den Streikaufruf nicht befolgt habe.

In einer Presseerklärung hat der Bundesschatzminister fest-gestellt, daß sich nur 26,6 v.H. der Werft-Belegschaft an dem Streik beteiligt hat. Damit habe es die Belegschaft abge-lehnt, in die Zuständigkeit ein-zugreifen, die allein dem Bun-desstag und dem Bundesrat zu-stehen.

## Ehrenschutz für Staatsoberhäupter

Gefängnis droht für Beleidigung — Eine Strafrechtsnovelle

Bonn (dpa). Das Bundeskabi-nett hat sich für einen verstärk-ten Ehrenschutz für fremde Staatsoberhäupter ausgespro-chen. Dem Justizministerium wurde der Entwurf einer Straf-rechtsnovelle zugeleitet, wo-nach dem Paragraphen 103 des

Strafgesetzbuches eine entspre-chende Vorschrift eingefügt werden soll. Danach soll Gef-ängnisstrafen bis zu zwei Jahren oder Geldstrafen erhal-ten, wer öffentlich eine herab-würdigende Behauptung ver-breitet — unabhängig, ob wahr oder unwahr —, die das Privat-leben oder das Familienleben auswärtiger Staatsoberhäupter oder ihrer Angehörigen be-trifft und geeignet ist, die diplomatischen Beziehungen zu dem betreffenden Staat zu stören.

Ein Regierungssprecher er-klärte vor der Presse, daß sich seit einiger Zeit in der Bundes-republik die Fälle häuften, in denen über das Privatleben fremder Staatsoberhäupter oder ihrer Angehörigen in einer Weise berichtet werde, „die als sehr kränkend oder taktlos empfunden werden muß“. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes fügte hinzu, die iranische Regierung habe verlangt, daß Verfasser und Redaktion der Illustrierten „Der Stern“ wegen des am 19. April 1958 erschie-nenen Artikels „Tausend und eine Macht“ zu bestrafen seien. Die Staatsanwaltschaft Ham-burg führe zur Zeit mit Zu-stimmung der Bundesregie-rung ein Ermittlungsverfahren in dieser Angelegenheit.

## Strategische Feuerwehr der USA

Vier Divisionen einsatzbereit — Lehren des Korea-Krieges

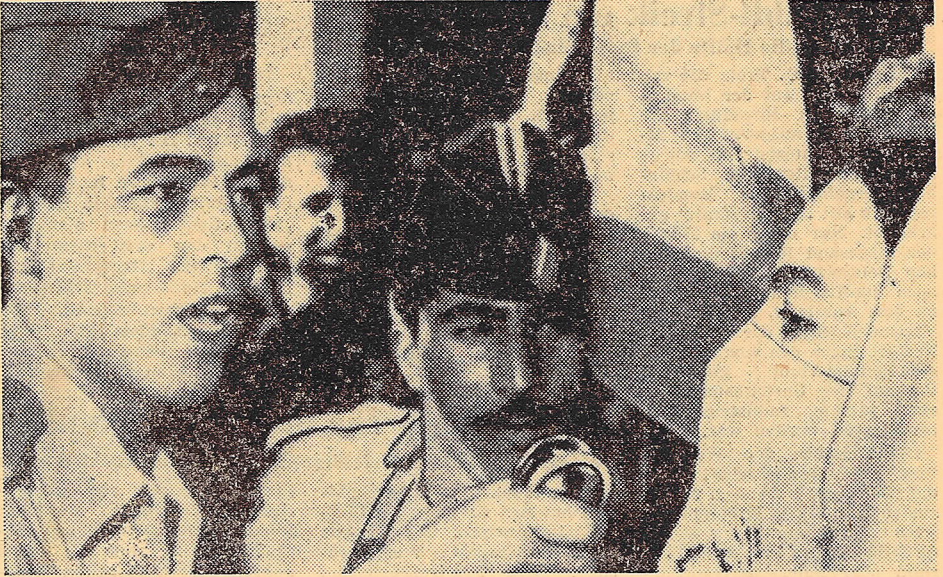
Washington (dpa/ap). Vier amerikanische Divisionen stehen in ständiger Bereitschaft, um jederzeit an jedem belie-bigen Punkt der Welt einge-setzt werden zu können. Die 50 000 Mann — je zur Hälfte Luftlandesoldaten und Infan-teristen — starke „Feuerwehr“ der amerikanischen Armee bil-det das sogenannte „Strate-gische Armeekorps“, dessen Existenz bisher von Washing-ton geheimgehalten worden ist. Zum erstmalig berichtete jetzt darüber der Befehlshaber dies-es Korps, Generalmajor Robert Sink.

Den höchsten Grad von Ein-satzbereitschaft halten die Fall-schirmjäger der 101. Luftland-division, von der die Einheiten kamen, die vorige Woche bei den Zwischenfällen um Vize-präsident Nixon in Caracas (Venezuela) nach Westindien geworfen wurden. Von der 882. Luftlandedivision ist eine Kampfgruppe in ständiger so-fortiger Alarmbereitschaft, und eine Kompanie ständig inner-halb vier Stunden marschbereit.

Wie General Sink sagte, ist die Aufstellung der „Feuer-wehr“ teilweise ein Ergebnis der Lehren des Koreakrieges gewesen. Der Kommandeur be-mängelte nur, daß seine Truppe keine eigenen Transportmittel habe und die Transportflugzeu-ge und -schiffe gegebenen-falls bei der Luftwaffe oder Marine angefordert werden müßten, wenn sie auch natür-lich jederzeit greifbar seien.

## UN-Beobachter gefallen

Tel Aviv (dpa). Der kana-dische UN-Beobachter Oberst Flint ist an den Hängen des Skopus-Berges im jordanisch kontrollierten Teil von Jerusa-lem tödlich verwundet worden. Oberst Flint, der den Vorsitz in der gemischten Waffenstill-standskommission führt, ver-suchte, ein Feuergefecht zwi-schen israelischer und jordanischer Polizei durch sein Ein-greifen zu beenden. Dabei wurde er verwundet. Als Sani-tätssoldaten eintrafen, war Oberst Flint verblutet.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Frankreichs Kampf um Algerien. Über ein Mikrofon fordert eine junge verschleierte Muselmanin in Algerien ihre Glaubensgenossinnen auf, das französische Algerien anzuerkennen. — Unten: Als 66, wiederhergestellte von 84 im Kriege zerstörten Brücken in Westberlin wurde jetzt die Bendler-Brücke im Bezirk Tiergarten wieder dem Verkehr übergeben. Im Hintergrund das Shell-Haus.

